



Niederschrift **(öffentlicher Teil)**

über die 15. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom
16.11.2006

Anwesend:

siehe Anwesenheitsliste

Vorsitz:

Bürgermeister Richard Borgmann

Zu der Sitzung war unter Mitteilung der Tagesordnung am 07.11.2006 eingeladen worden.
In der Sitzung wurde eine ergänzende Sitzungsvorlage zu TOP 3) Bleiberecht für Flüchtlinge
verteilt.

Die Sitzung fand im Ausschusszimmer der Burg Lüdinghausen, Amthaus 14, 59348
Lüdinghausen, statt.

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:10 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der Vorsitzende fest, dass form- und fristgerecht
eingeladen wurde und der Haupt- und Finanzausschuss beschlussfähig ist. Er weist auf die
Befangenheitsproblematik hin.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Vorstellung der Spedition K. H. Bertelsbeck GmbH
Vorlage: Stb./017/2006
2. Antrag gemäß § 24 Absatz 1 GO NW vom 18.10.2006
hier: Ausweisung der Stadtfeldstraße als Fahrradstraße
Vorlage: FB 3/487/2006
3. Bleiberecht für Flüchtlinge
hier: Anregung vom 29.09.2006
Vorlage: FB 5/031/2006
4. 6. Änderungssatzung der Satzung über die Errichtung und Unterhaltung von
Übergangsheimen und die Erhebung von Benutzungsgebühren
Vorlage: FB 5/029/2006
5. Budgetierung Haushalt 2006 - 2. Zwischenbericht
Vorlage: FB 2/128/2006
6. Berichte
7. Anfragen

Nichtöffentlicher Teil:

8. Grundstücksangelegenheiten
hier: Abschluss eines Grundstückskaufvertrages über eine Grundstücksfläche im
Baugebiet "Stadtfeld II"
Vorlage: FB 2/126/2006
9. Grundstücksangelegenheiten
hier: Abschluss eines Grundstückskaufvertrages über eine Grundstücksfläche im
Bereich der "Klosterstr."
Vorlage: FB 2/124/2006
10. Grundstücksangelegenheiten
hier: Festlegung der Verkaufspreise für Wohnbaugrundstücke im Baugebiet
"Kastanienallee West"
Vorlage: FB 2/125/2006
11. Auftragsvergabe zur Vermessung der öffentlichen Flächen sowie der Baugrundstücke im
Bebauungsplangebiet "Kastanienallee West"
Vorlage: FB 2/127/2006
12. Berichte
13. Anfragen

Öffentlicher Teil:

**TOP 1) Vorstellung der Spedition K. H. Bertelsbeck GmbH
Vorlage: Stb./017/2006**

Herr Klaus Bertelsbeck, Geschäftsführer der Spedition K. H. Bertelsbeck GmbH, stellt sein Unternehmen vor. Der Vortrag ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Bürgermeister Borgmann fragt nach der Anzahl der Beschäftigten in der Spedition.
Herr Bertelsbeck antwortet, dass in seinem Unternehmen 28 festangestellte Mitarbeiter, 10 Aushilfen und ein Auszubildender arbeiten.

Stv. Schmidt erkundigt sich nach dem Markt in den osteuropäischen Ländern. Herr Bertelsbeck berichtet, dass seine Spedition bereits Kontakte nach Russland geknüpft habe. Durch den internationalen Druck müsse sich die Wirtschaft einfach von den Grenzen freimachen. Vieles verlagere sich nach Osteuropa. Der neue VW-Standort in Tschechien sei ein Beispiel hierfür.

Bürgermeister Borgmann bedankt sich bei Herrn Bertelsbeck für die Vorstellung seines Unternehmens und für seine Mitarbeit bei Lüdinghausen Marketing e. V.

Herr Bertelsbeck lobt die bisherige gute Zusammenarbeit mit Rat und Verwaltung und die Maßnahmen der Stadt zur Wirtschaftsförderung.

**TOP 2) Antrag gemäß § 24 Absatz 1 GO NW vom 18.10.2006
hier: Ausweisung der Stadtfeldstraße als Fahrradstraße
Vorlage: FB 3/487/2006**

Herr Bertels erklärt, dass bei einer Ausweisung der Stadtfeldstraße zwischen Stever und Konrad-Adenauer-Straße als Fahrradstraße, Fahrräder das vorherrschende Verkehrsmittel sein müssten. Anderer Fahrzeugverkehr sei auf der Fahrradstraße grundsätzlich ausgeschlossen und nur durch besondere Ausweisung zugelassen. Die Stadtfeldstraße habe jedoch für den landwirtschaftlichen Verkehr und für die Anbindung der Baugebiete Bedeutung. Auch das Straßenverkehrsamt des Kreises Coesfeld als zuständige Behörde habe bereits signalisiert, dass der Antrag wohl abgelehnt werde.

Stv. Mönning spricht sich für ein Gesamtkonzept aller Schulwege aus. Um das Problem an der Stadtfeldstraße zu lösen, könnte der Fahrradverkehr durch eine zusätzlichen Fahrrad- und Fußgängerbrücke über die Stever in eine andere Richtung gelenkt werden. Dies sollte aber seiner Ansicht nach im Fachausschuss beraten werden.

Bürgermeister Borgmann weist darauf hin, dass nicht die Stadt Lüdinghausen, sondern die Straßenverkehrsbehörde des Kreises Coesfeld die für die Entscheidung zuständige Stelle sei.

Stv. Mönning erinnert an einen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Funktionalität der Gemeindestraßen. Dieser sollte in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Bau und Verkehr nochmals aufgegriffen werden.

Stv. Spiekermann-Blankertz befürwortet grundsätzlich die Einrichtung von Fahrradstraßen. Der Bereich der Stadtfeldstraße sei hierfür jedoch nicht geeignet.

Da die Straße Erschließungsfunktionen habe, müsse sie grundsätzlich auch für Autofahrer offengehalten werden, so Stv. Benker.

Dem stimmt Stv. Dr. Waldt zu. Eine Fahrradstraße sei hier keine Lösung. Er versichert jedoch, die Sorgen der Eltern Ernst zu nehmen.

Stv. Schwarzenberg unterstützt die Intention der Verkehrsberuhigung, äußert aber Zweifel an dem vorgeschlagenen Weg.

Beschluss:

Der Antrag zur Einrichtung einer Fahrradstraße auf der Stadtfeldstraße zwischen der Konrad-Adenauer-Str. und der Steverbrücke vom 18.10.2006 wird gemäß § 5 Absatz 2 der Hauptsatzung an die zuständige Behörde (Straßenverkehrsbehörde des Kreises Coesfeld) zur Entscheidung weitergeleitet.

- einstimmig -

TOP 3) Bleiberecht für Flüchtlinge
hier: Anregung vom 29.09.2006
Vorlage: FB 5/031/2006

Herr Dr. Scheipers berichtet, dass die Minister zur Stunde über diese Angelegenheit beraten. Der Tagespresse habe er entnommen, dass nun langjährig geduldete Flüchtlinge, die seit acht Jahren in Deutschland leben und eine Arbeit haben, ein Bleiberecht erhalten sollen. Flüchtlinge mit Kindern und Arbeit sollen schon ab sechs Jahren Aufenthalt in Deutschland ein Bleiberecht bekommen. Geduldete, die nicht über einen Arbeitsplatz verfügen, bekämen bis zum September 2007 Zeit, sich einen Job zu suchen. Erst wenn sie ein verbindliches Arbeitsangebot vorweisen könnten, werde ihre Duldung in einen Aufenthaltstitel umgewandelt, der dann vorerst zwei Jahre gültig sei.

Stv. Mönning erläutert den Zusatzantrag seiner Fraktion.

Stv. Schwarzenberg erkundigt sich nach den finanziellen Auswirkungen.

Herr Dr. Scheipers erklärt, dass es sich bei den in der Sitzungsvorlage genannten Aufwendungen i. H. v. 330.000,- € jährlich um eine grobe Schätzung handle. Dem gegenüber ständen Landeserstattungen von lediglich 25.000,- € pro Jahr. Es müsse unbedingt ein Ausgleich für die durch das Bleiberecht entstehenden Belastungen eingefordert und das Konnexitätsprinzip beachtet werden.

Stv. Dr. Waldt unterstützt diese Forderung. Die Kosten müssten von denen getragen werden, die auch die Entscheidung darüber treffen. Des Weiteren ist er der Ansicht, dass es zynisch sei, wenn Flüchtlinge vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen würden, der Nachweis einer Arbeit jedoch Voraussetzung für das Bleiberecht sei.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt, sich bei dem Innenminister des Landes NRW für eine Änderung des Zuwanderungs- und Asylverfahrensrechtes in dem von Landrat und Kreistag des Kreises Coesfeld geforderten Sinne – Bleiberechtsregelung für langjährig in Deutschland lebende Flüchtlinge unter bestimmten personenbezogenen Voraussetzungen sowie Beschleunigung der Asylverfahren – einzusetzen. Ergänzend soll die strikte Beachtung des Konnexitätsprinzipes durch das Land angemahnt werden.

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdinghausen fordert den Bürgermeister auf, sich über die Forderungen des Kreistages des Kreises Coesfeld hinaus beim Innenminister des Landes NRW dafür einzusetzen, dass Voraussetzungen zur Erteilung einer Arbeitserlaubnis für geduldete Asylbewerber geschaffen werden, um diesem Personenkreis auch die Schaffung einer eigenen Existenzgründung und -sicherung zu ermöglichen. Auch der Zugang der Kinder zur beruflichen Ausbildung soll sichergestellt werden.

- einstimmig -

**TOP 4) 6. Änderungssatzung der Satzung über die Errichtung und Unterhaltung von Übergangsheimen und die Erhebung von Benutzungsgebühren
Vorlage: FB 5/029/2006**

Beschluss:

Die 6. Änderungssatzung zu der Satzung über die Errichtung und Unterhaltung von Übergangsheimen und die Erhebung von Benutzungsgebühren wird beschlossen.

- einstimmig -

**TOP 5) Budgetierung Haushalt 2006 - 2. Zwischenbericht
Vorlage: FB 2/128/2006**

Herr Tuschmann zeigt auf, dass sich die Finanzen der Stadt zwar verbessert haben, die Probleme aus den vergangenen Jahren aber noch groß seien. Zur Verbesserung der Haushaltslage hätten vor allem die Gewebesteuereinnahmen beigetragen. Während sie im vergangenen Jahr mit 2,7 Mio. € abschlossen, seien sie Anfang Oktober diesen Jahres bereits mit 4,8 Mio. € notiert. Er sei zuversichtlich, bis zum Jahresende noch besser abschneiden zu können.

Auch die Liquidität der Stadt sei besser als geplant. Der durch die Haushaltssatzung erhöhte Kreditrahmen sei nicht benötigt worden.

In 2006 werde der Haushaltsausgleich mit großer Wahrscheinlichkeit erreicht.

Stv. Mönning gibt zu bedenken, dass bei dem prognostizierten Haushaltsausgleich für 2006 noch keine Reduzierung des Fehlbetrages aus 2005 eingerechnet sei. Auch die wegen der drohenden Mehrwertsteuererhöhung gute Konjunktorentwicklung müsse mit Vorsicht behandelt werden. Seiner Ansicht nach liege das größte Problem bei den Grundstücksverkäufen.

Herr Tuschmann entgegnet, dass es z. Zt. eine Reihe von Grundstückinteressenten gebe. Der Zeitraum, bis eine Entscheidung zum Kauf gefallen sei, sei jedoch oft lang und reiche teilweise bis ins nächste Jahr hinein.

Durch die verbesserte Haushaltslage würden wieder Perspektiven und Handlungsspielräume eröffnet, so Stv. Schlütermann. Die Haushaltskonsolidierung bleibe jedoch Zukunftsaufgabe. Dem stimmt Stv. Spiekermann-Blankertz zu. Er warnt davor, durch die guten Zahlen Bedürfnisse zu wecken.

Eine vernünftige Perspektive sei vorhanden, jedoch kein Spielraum für Begehrlichkeiten, so Stv. Schwarzenberg. Bzgl. der Aufhebung des Sperrvermerkes beantragt er, einen Rest von 10.000,- € weiterhin mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Beschluss:

a) Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

b) Der Sperrvermerk über 30.000 Euro bei der Haushaltsstelle 9322.652.0003.4 - Postgebühren wird aufgehoben.

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	3
Enthaltungen:	2

TOP 6) Berichte

- Fehlanzeige -

TOP 7) Anfragen

- Fehlanzeige -

Der öffentliche Teil der Sitzung wird um 18.30 Uhr geschlossen.

Bürgermeister Richard Borgmann
Vorsitzende/r

Christiane Meermöller
Schriftführer/in

Anwesenheitsliste

zur 15. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

der Stadt Lüdinghausen am 16.11.2006

anwesend:

Bürgermeister

Borgmann, Richard Bürgermeister	
------------------------------------	--

CDU-Fraktion

Benker, Siegbert	
Grube, Franz Hermann	
Schlütermann, Christoph	
Schmidt, Knut	
Schnittker, Alois	
Schulze Uphoff, Theo	
Schweer, Wolfgang	während TOP 1 gekommen
Waldt, Klaus-Dieter Dr.	
Weiland, Josef	

SPD-Fraktion

Breuer, Herbert	
Schulte-Ladbeck, Gerhard	
Spiekermann-Blankertz, Michael	während TOP 1 gekommen

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Möller, Norbert	
Mönning, Peter	

FDP-Fraktion

Schwarzenberg, Heribert	
-------------------------	--

von der Verwaltung

Bertels, Heinz-Jürgen	
Kortendieck, Matthias	
Meermöller, Christiane	
Scheipers, Ansgar Dr.	
Tuschmann, Werner	

Gäste

Bertelsbeck, Klaus	Geschäftsführer Spedition K. H. Bertelsbeck GmbH zu TOP 1
Böttinger, Frank	Bauherr zu TOP 8
Herrmann, Reinhard	Architekt zu TOP 8